

stadt.land.links

NR.12|3.Quartal 2018

Das Verbandsmagazin der NRW Jusos



INHALT



JUSO-BUNTE

6

**SCHWER-
PUNKT:**



8

BERICHT ZUM
LANDESPARTEITAG

10

INTERVIEW
HARTMANN/LÜDERS

12

KRITIKEN



14

AUS DEN UNTERBEZIRKEN

16

BERICHT SUMMERCAMP

17

BERICHT GAMESCON

18

BERICHT ZUZUG SÜDOST

19

GASTBEITRAG ZENTRALRAT
DEUTSCHER SINTI UND ROMA



20

NSU: LETZTER TEIL

22

AZUBI-TICKET ALS LAVO-
PROJEKT

23

WAS ICH NOCH ZU
SAGEN HÄTTE

24

RÄTSEL



LIEBE NRW JUSOS,



in den letzten vier Jahren konntet Ihr Euch bei unserem Verbandsmagazin auf eines verlassen: Ihr habt es aufgeklappt und was konntet ihr auf der ersten Seite sehen? Richtig, mich - mit meinem Vorwort. An dieser Stelle kann ich Euch aber eines versprechen: Diese Zeit ist mit der nächsten Ausgabe vorbei. Denn der ein oder die andere dürfte es schon mitbekommen haben: Meine Zeit als Vorsitzender der NRW Jusos wird mit der kommenden Landeskonzferenz am ersten Oktoberwochenende enden. Doch bevor Ihr jetzt denkt, dass die nächsten Zeilen dieses Textes mit Melancholie und Anekdoten überseht sind, kann ich Euch an dieser Stelle etwas zweites versprechen: Auch das wird nicht der Fall sein! Denn genau für einen solchen Text hat mir das zuständige Redaktionsteam unseres Vorstands eine ganze Seite zugeteilt...und die findet Ihr ganz am Ende dieses Heftes. Also, freut Euch auf die (vor)letzte Seite. Aber mal im Ernst: Auch wenn ich erst ganz am Ende des Heftes über die letzten vier Jahre im Verband schreiben möchte, lohnt sich tatsächlich ein Blick auf die politischen Veränderungen dieser Zeitspanne. 2014, das Jahr, in dem ich zum ersten Mal zum Vorsitzenden unseres großartigen Verbands gewählt wurde, waren wir als NRW Jusos noch parteipolitische „Regierungsjugend“. Und auch wenn ich kein großer Freund dieses Begriffs an sich bin (er im-

pliziert ja ein Stück weit, dass man direkt am Regieren beteiligt ist), so war mir die Tatsache, dass unsere Partei NRW gestaltet hat, schon sehr viel lieber. Fest steht jedoch: Das politische Klima ist in den letzten vier Jahren insgesamt eisiger geworden. Wir alle bekommen es mit: Auf der Straße, am Infostand und in den sozialen Netzwerken. Nein, es ist nicht übertrieben, wenn ich sage: In den letzten Jahren hat sich der massiv beschissene Rechtsruck in unserer Gesellschaft drastisch verschärft. Es brennen wieder Flüchtlingsheime, Neonazis jagen Andersdenkende und Geflüchtete durch Innenstädte und nicht zuletzt beim Landeskriminalamt Sachsen kann man sehen, wie tief der Rassismus inzwischen in die Mitte unserer Gesellschaft eingedrungen ist. Nach Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und so vielen anderen rechtsterroristischen Vorfällen haben wir uns gesagt: Nie wieder! Dieses Versprechen gilt es nun einzulösen: Geht raus und kämpft gegen diesen beschissenen Rechtsruck in unserer Gesellschaft! Seid Euch dabei sicher, dass ich auch nach meiner Landesvorstandszeit fest an eurer Seite stehe. Trotzdem bin ich überzeugt davon, dass in den vier letzten Jahren - und vor allem nach der letzten Ausgabe - auch Gutes passiert ist. Auf dem Landesparteitag der NRW Jusos wurden alle unserer fünf KandidatInnen für den Landesvorstand gewählt, und das

mit sehr guten Ergebnissen. Dafür ein dickes Danke an die, die es möglich gemacht und uns unterstützt haben. Spätestens jetzt muss es wirklich heißen: Auf nach vorne! NRW braucht eine starke Sozialdemokratie - gerade in den beschriebenen Zeiten! Schwarz-Gelb beweist in den letzten Monaten eindrucksvoll, was sie wirklich ist: Eine neoliberale Mitte-Rechts-Regierung, für die ArbeitnehmerInnenrechte, Umweltschutz oder Frauenförderung nur Zielscheiben für ihre Deregulierungsgeschosse sind. Als geeinte und sich erneuernde NRWSPD gilt es nun wieder Boden gut zu machen, um spätestens bei den nächsten Landtagswahlen wieder die NRW-Partei zu sein... und keine Sorge, auch wenn ich mich ab der nächsten Landeskonzferenz aus der ersten Reihe der NRW Jusos zurückziehe, so könnt Ihr sicher sein, in mir weiterhin einen Verbündeten zu haben. Nicht mehr als Landesvorsitzender der Jusos, dafür im Landesvorstand der NRWSPD! Danke für die letzten vier geilen Jahre. Lasst uns zusammen weiter anpacken und NRW wieder auf links drehen.

Glück Auf!

F. Cordes



Schaufel und Sichel

Das Gartenmagazin im
Verbandsmagazin

Anlässlich des 70. Geburtstags des Staates Israel stellen wir heute die Kibbuzbewegung vor. Kibbuz ist das hebräische Wort für „Kommune“. Die Bewegung entwickelte sich gemeinsam mit der Entstehung des politischen Zionismus. So entstanden die ersten Kibbuzim bereits Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem jüdischen Geschichtsbewusstsein und einer sozialistischen Zukunftsvision heraus in dem damaligen Mandatsgebiet Palästina. Bei der späteren Gründung des Staates Israel bildeten sie ein wichtiges Fundament der israelischen Gesellschaft, da sie solidarisches und gemeinschaftliches Leben vorlebten.

Zu Beginn der Kibbuzbewegung betrieben ihre EinwohnerInnen vorwiegend Landwirtschaft, im Laufe der Zeit entwickelten sich auch weitere Industriezweige aus. Vor allem der landwirtschaftliche Gedanke ist heutzutage aber vielen bekannt. Über die Jahre wurde mühsam der Wüstenboden fruchtbar gemacht, beackert und gepflegt. Das führt bis heute zu überraschend saftig grünen Feldern und Plantagen zwischen den Städten Israels. Viele Gemüse- und Obstsorten in unseren hiesigen Supermärkten stammen auch heutzutage aus Israel. Die Kibbuzim sind basisdemokratisch aufgebaut und Eigentum ist genossenschaftlich organisiert. Man lebt und arbeitet zusammen, Gewinne und Ernte werden geteilt, schwierige Zeiten werden zusammen gemeistert. Mittlerweile ist auch der Tourismus eine wichtige Einnahmequelle der Kibbuzim und die Diskussion, ob die Bewegung ihre frühen Ziele aus den Augen verloren hat, ist in vollem Gange. Neue Modelle, zum Beispiel kibbuzähnliche Zusammenschlüsse junger Menschen in Städten Israels, werden aktuell erprobt.



Alexander Nolte und Fabian Bremer, momentan noch Mitglieder des Landesvorstandes, freuen sich schon bald auf mehr Zeit im Garten. Auf der Landeskongress kandidieren beide nämlich nicht mehr erneut.



November 2017: Gleich drei NRW Juso-KandidatInnen werden beim Bundeskongress 2017 in Saarbrücken in den Bundesvorstand gewählt.



Juni 2018: Die Parteierneuerung nimmt Fahrt auf. Beim Landesparteitag schaffen es alle unserer 5 Juso-KandidatInnen in den SPD-Landesvorstand. Mit Veith Lemmen stellen wir zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte einen eigenen Stellvertreter.



März 2018: 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland: Für uns ein Grund zu feiern, aber keiner, um uns auszuruhen. Wir wissen: Bis zur endgültigen Gleichstellung muss noch einiges passieren.



Oktober 2017: Auf unserer Landeskonzferenz in Herne richten wir uns nach zwei krassen Wahlschlägen auf die Parteierneuerung aus.



September 2017: Keine langen Pausen! Obwohl uns die Landtags-Wahlniederlage noch in den Knochen steckt gilt es das Beste bei dem direkt folgenden Bundestagswahlkampf herauszuholen. Das schlechte Ergebnis ist bestimmt nicht den vielen NRW Jusos anzukreiden, die Tag und Nacht auf der Straße gekämpft haben.

EIN RÜCKBLICK AUF 2 GEILE JAHRE LANDESVORSTAND

Ein ganz kleiner Auszug aus
zwei vollen und ereignis-
reichen Jahren



Juli 2017: Trotz Wahlkampf und alledem stand auch im Juli 2017 wieder unser traditionelles Forum und Sommerfest auf dem Plan. Bei einer Podiumsdiskussion haben wir darüber gesprochen, wie wir Frauen im Zuge der Erneuerung in unserer Partei mehr in Verantwortung bringen können.



Mai 2017: Unser Verband hat auf den Straßen alles gegeben. Am Ende hat es nicht gereicht. Bei den Landtagswahlen wurde Rot-Grün abgewählt. Eines war direkt klar: Die SPD muss sich erneuern.



Februar 2018: Nach der Bundestagswahl tun wir alles dafür, dass die SPD nicht erneut in eine GroKo eintritt. Mit 500 GenossInnen diskutieren wir ausgewogen und ohne persönliche Angriffe in Duisburg mit Kevin Kühnert und Ulrich Kelber, MdB.



Am ersten Oktoberwochenende ist es soweit: Die Landeskongress in Oberhausen wählt einen neuen Landesvorstand und beschließt ein neues Arbeitsprogramm für die kommenden zwei Jahre. Dieses Arbeitsprogramm ist das Ergebnis eines V-Team-Prozesses, zu dem alle Genossinnen und Genossen aus den Unterbezirken und Kreisverbänden eingeladen waren – jede*r konnte mitmachen. Das erste Mal getroffen haben wir uns schon Mitte Juli, gefolgt von zwei weiteren Treffen, bei denen wir in hitzigen Diskussionen und konstruktiven Debatten das ausarbeiteten, was wir uns für die kommenden zwei Jahre vornehmen wollen.

In vielen Punkten wollen wir an die erfolgreiche Arbeit der letzten zwei Jahre anknüpfen. Einerseits an die hohe Kampagnenfähig-

keit unseres Verbandes, andererseits aber auch an die tolle Bildungsarbeit mit seinen unterschiedlichen Formaten. Wir werden aber auch ein neues Kapitel der NRW Jusos schreiben und das soll vor allem eines tun: Einen Kontrapunkt setzen.

Wir wollen in den kommenden zwei Jahren dem Hass, dem Auseinandertreiben unserer Gesellschaft, der Ausgrenzung von Menschengruppen etwas entgegensetzen. Wenn wir gemeinsam mit dem Solidaritätslied fragen: „Wessen Welt ist die Welt? Wessen Morgen ist der Morgen?“, wollen wir die eine Antwort geben können: Sie ist unsere!

In Hinblick auf die letzten Tage, Wochen und Monate stellen wir fest, dass Rechte die Diskussion über unsere Zukunft vergiften: Wir erleben einen Innenminister, der eigentlich lieber in Chemnitz mit dem rechten Mob demonstriert hätte und die Migration als

Mutter aller Probleme bezeichnet. Wir erleben einen Präsidenten des Verfassungsschutzes, der keine Hetzjagden gesehen haben will und lieber die AfD berät. Die Scheiben jüdischer Geschäfte werden wieder eingeschlagen und die Geflüchtetenunterkünfte brennen. Es reicht: Wir wollen gegenhalten, aber auch zeigen, dass Solidarität nicht nur für Menschen unterschiedlicher Herkunft eine Verpflichtung ist, sondern auch für Menschen mit unterschiedlichem Kontostand. Denn gerade in diesen Tagen spüren wir die volle Spaltkraft der marktradikalen Politik. Die Reichen werden immer reicher und zu viele Menschen blicken mit Ängsten statt Hoffnungen in die Zukunft. Aber anstatt in dieser Situation über wirkliche, radikale Umverteilung von oben nach unten zu diskutieren, verweisen die Konservativen auf den vermeintlichen Feind in Form von Geflüchteten an der Grenze. Identitätsfragen sollen sozialen Zusammenhalt ersetzen. Sie wollen davon ablenken, dass die Wohnungsknappheit und der Mietwahnsinn schon deutlich vorher ein Problem waren, weil gerade sie, die Marktradikalen, kein Interesse an Investitionen in den sozialen Wohnungsbau haben. Schluss damit! Nicht nur in den kommenden Europa- und Kommunalwahlen wollen wir zeigen, was für uns eine solidarische Politik bedeutet. Im Rahmen von #spderneuern wird immer wieder davon gesprochen, dass wir eine neue Erzählung brauchen. Es ist Zeit wieder einmal unseren Beitrag dazu zu leisten und eine neue Kampagne zu starten, die genau das tut!

Doch wir wollen noch mehr: Denn einer Gesellschaft der Freien und Gleichen können wir nur näher kommen, wenn wir den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft aktiv gestalten, der jetzt vor uns liegt. Denn wir müssen diejenigen sein, die eine progressive, sozialistische Zukunftsvision angesichts sich zügig verändernder Lebens- und Arbeitsbedingungen erarbeiten. Es war und ist die historische Rolle der jungsozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung, dafür zu sorgen, dass technische Innovationen nicht dem Kapital, sondern den Menschen dienen: Wie wird technischer also zu sozialem Fortschritt? Und welche Auswirkungen hat dieser technische Fortschritt auf unser gesellschaftliches Zusammenleben? Denn auch die ethischen Implikationen neuer Entwicklungen müssen von uns in den Blick genommen werden. Nicht alles was technisch möglich ist, muss auch moralisch geboten sein. Vielmehr müssen wir konkret diskutieren, wie wir uns beispielsweise den Einsatz von humanoiden Robotern vorstellen, die durch eine künstliche Intelligenz gesteuert werden und bisher vor allem menschliche Tätigkeiten, sei es beispielsweise im Bildungsbereich, durch autonomes Fahren auf der Straße, in der Pflege oder in der Sexarbeit, übernehmen sollen. Wollen wir das – und falls ja, zu welchen Bedingungen?

Darüber hinaus wollen wir auch umweltpolitische Aspekte in den Blick nehmen. Zu denken und vor allem zu beantworten sind all diese Fragen nicht, ohne auch die Digitalisierung der Wirtschaft zu behandeln. Sie verändert unsere bisherige Art des Wirtschaftens. Allein die quasi unbegrenzt mobilen Multinationalen Unternehmen beweisen das. Umsätze können hier zwischen verschiedenen Standorten hin und her geschoben werden, weil internationale Regelungen zur einheitlichen Besteuerung fehlen. Die Veränderung unseres Wirtschaftens bringt aber auch Chancen für unsere Gesellschaftsvorstellung mit sich: So können die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes, emanzipiertes und ge-

rechtes Wirtschaftssystem genutzt werden. Auch die Gestaltung der Zukunft der Arbeit, mit gestärkter Mitbestimmung und gestärkten Qualifizierungsmöglichkeiten, ist der Frage nach dem sozialen Fortschritt durch technischem immanent. Ebenso muss die Gestaltung des Strukturwandels progressiv angegangen werden.

Darüber hinaus ist auch die stukturgewordene Solidarität in Form des Sozialstaates unter Beschuss. Konservative und Neoliberale stellen ihn als Auslaufmodell dar. Diesem Programm des Sozialabbaus werden wir einen solidarischen Sozialstaat als Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegenstellen, indem wir eine breite Debatte über seine Zukunft führen. Beantworten müssen wir dabei beispielsweise diese Fragen: Ziehen wir die Besteuerung von Kapital als Finanzierungsmöglichkeit zum bisherigen System hinzu? Wenn wir grundsätzlicher von einer solidarischen Bürger*innenversicherung sprechen, wie wird diese dann konkret ausgestaltet?

Als feministischer Richtungsverband ist die Bearbeitung all dieser Themen ohne einen feministischen Blickwinkel nicht denk- oder diskutierbar. Wir wollen daher Feminismus zur Leitlinie unserer Arbeit machen. Gerade in Zeiten, in denen rechte Kräfte wieder stärker werden, gilt es den Feminismus besonders hochzuhalten und weiter für ihn zu kämpfen. Wir müssen dafür eintreten, dass wir bereits errungene Fortschritte nicht verlieren und nicht in Grundsatzdebatten zurückfallen, in denen Frauen* (und auch Männer*) in stereotypische Lebensweisen zurückgedrängt werden sollen, wie Rechte es fordern. Auch mit Blick auf unseren eigenen Verband wollen wir weiter daran arbeiten, gleiche Teilhabe umzusetzen und eine Vernet-

zung unter Frauen* zu institutionalisieren. Wir wollen Angebote schaffen, in denen Frauen Schutzräume vorfinden und sich gegenseitig empowern können.

Als sozialistischer, antifaschistischer und internationalistischer Richtungsverband sind natürlich auch diese Querschnittsthemen immer fester Bestandteil unserer Arbeit. In Bezug auf die Bildungsarbeit der kommenden zwei Jahre wollen wir die vielen etablierten Formate nicht nur weiterführen, sondern auch um digitale Angebote ergänzen. Darüber hinaus wollen wir für das aktuelle politische Geschehen, unter anderem auch die Landespolitik, ein neues Format schaffen.

Ihr seht, wir haben uns für die kommenden zwei Jahre viel vorgenommen, von dem nur ein kleiner Teil hier dargestellt werden konnte. Im Arbeitsprogramm findet Ihr noch mehr Projekte und Fragen, mit denen wir uns beschäftigen wollen. Eine ereignisreiche, teilweise beängstigende Zeit liegt vor uns, in der wir nicht nur unsere Partei von links erneuern, sondern vor allem gegen die rechten Vollidioten gegenhalten werden. Das geht nur, wenn wir uns unterhaken und gemeinsam rufen: Diese Welt ist unsere! Wir freuen uns darauf, als Grundlage dessen das Arbeitsprogramm auf der kommenden Landeskongress in Oberhausen mit Euch zu diskutieren.

„DER BEGRIFF DER ALLGEMEINEN MENSCHLICHEN SOLIDARITÄT IST DER HÖCHSTE KULTUR- UND MORALBEGRIFF: IHN ZU VERWIRKLICHEN, DAS IST DIE AUFGABE DES SOZIALISMUS“.

AUGUST BEBEL



Jessica Rosenthal ist 25 Jahre jung und seit fast einem Jahr gewähltes Juso-Bundesvorstandsmitglied und somit in den Landesvorstand kooptiert. Die Bonnerin hat vor kurzem ihre Masterarbeit abgegeben und federführend im V-Team-Prozess mitgestaltet.

BERICHT ZUM LANDES-PARTEITAG



Das gespannte Warten sollte ein Ende haben: Am 23. Juni 2018 lud die NRWSPD endlich zu ihrem lange erwarteten Erneuerungsparteitag nach Bochum. Nach einem Jahr des Übergangs, das der verlorenen Landtagswahl folgte, sollte hier der neue Vorstand gewählt und dazu mit einem Beschluss die inhaltliche Erneuerung auf erste programmatische Füße gestellt werden. Für die NRW Jusos war der Parteitag von besonderer Bedeutung: Zum einen hatte man inhaltlich auf konkrete Aussagen gedrängt, zum anderen galt es die insgesamt fünf Jusokandidat*innen in den neuen Vorstand zu wählen. Am Ende mit Erfolg.

Alles nahm seinen Anfang am 14. Mai 2017 mit der verlorenen Landtagswahl. Der Schock saß tief. Nach dem erzielten Ergebnis traten wenig überraschend sowohl Hannelore Kraft als auch André Stinka von ihren Ämtern als Parteivorsitzende beziehungsweise als Generalsekretär zurück. Auf dem folgenden Parteitag wurden mit Mike Groschek und Svenja Schulze zwei Exminister*innen neu in die jeweiligen Ämter gewählt. Mit ihrer Erfahrung sollte durch die Bundestagswahlen geführt werden, um dann das Haus geordnet und bereit für die Erneuerung an einen neuen Vorstand zu übergeben. In der Phase direkt nach der Wahl wurden Versprechungen für die Erneuerung gemacht (unter anderem die Einbindung der Jusos) und Arbeitsgruppen eingesetzt. Jedoch: Die Bundestagswahl, das verheerende Ergebnis und die langen Koalitionsverhandlungen warfen ihre Schatten auch auf die

NRWSPD. Und so dauerte es bis zum Juni 2018, um den Neuanfang (dieses mal richtig!?) zu beginnen.

Als Svenja Schulze Bundesumweltministerin werden sollte, war klar, dass es jetzt rumpeln würde. Zu Recht: Im selben Zug bereitete Mike Groschek die Landespartei auf einen vorgezogenen Parteitag vor. Mit dem Ende der Koalitionsverhandlungen sollte die Partei wieder zur Ordnung zurückkehren, um sich auf die Erneuerung zu konzentrieren. Eine kleine Gruppe von Entscheidungsträger*innen hatte sich (entgegen der Jusoforderung) der Auswahl der Führungsspitze angenommen. Nach einer Überraschungsentscheidung bei der Wahl zum Fraktionsvorsitz, kristallisierten sich zwei Namen heraus: Sebastian Hartmann kandidierte für den Parteivorsitz und Nadja Lüders als Generalsekretärin. Der restliche Vorstand war um einiges umkämpfter. Die Regionen sowie die großen Unterbezirke hatten ihre Ansprüche früh deutlich gemacht – genauso die NRW Jusos.

Im Jahr zwischen Wahl und Parteitag war einiges versprochen worden. Unter anderem, dass die Jusos sowohl bei zukünftigen Wahlen als auch in den Vorständen Berücksichtigung fänden. Es ging auch um einen Platz unter den stellvertretenden Parteivorsitzenden. Dementsprechend hatten sich die Jusos positioniert und um Unterstützung geworben. Viele in der Partei standen hinter den Jusoforderungen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass einige sie ablehnten. Am Ende sollte per Satzungsänderung eine fünfte Stellvertretendenposition geschaffen werden – nicht etwa für die Jusos, sondern um trotz eines*er Juso alle Regionen abzusichern. Für die

weiteren Jusokandidierenden gab es in ihren Heimatregionen mal mehr, mal weniger Unterstützung und alles lief auf eine offene Wahl hinaus.

Am Tag der Entscheidung fanden sich die 450 Delegierten und entsprechend der Wichtigkeit viele Gäste sowie unzählige Pressevertreter*innen in Bochum ein. Nach spannenden Reden zur Zukunft der Partei, bei denen auch die anwesenden Jusos glänzten, kam es zu den entscheidenden Punkten auf der Tagesordnung: Sebastian Hartmann und Nadja Lüders wurden mit ordentlichen Ergebnissen gewählt. Dank einer tollen Rede von Freddy Cordes wurde die Satzungsänderung auf fünf Stellis im Parteivorstand angenommen und unser ehemaliger Vorsitzender Veith Lemmen mit deutlichem Ergebnis gewählt. Damit nicht genug: Bei der Wahl der Beisitzer*innen sind mit Anna Spaenhoff, Lena Oerder, Isabel Razamba und Frederick Cordes nicht nur alle vier Jusokandidat*innen gewählt, nein, Anna und Lena erzielten dabei das beste beziehungsweise das drittbeste Ergebnis. Ein voller Erfolg! Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle nochmal an alle Gewählten, insbesondere natürlich an unsere Jusos. Wir alle wissen, dass die richtige Arbeit jetzt erst kommt. Die Erneuerung steht noch aus, die Europawahlen kommen bald, die Kommunalwahlen nicht viel später. Und während dieser Zeit muss viel passieren, auch damit wir bei der nächsten Landtagswahl wieder die Staatskanzlei übernehmen. Ihr könnt euch alle sicher sein: Wir stehen hinter unseren Jusos im Landesvorstand der NRWSPD und für die Erneuerung bereit. Auf dass das Motto des Parteitages Wirklichkeit wird: Auf nach vorne!



Ingo Wagner ist 34 Jahre jung, Mitglied im Juso-Landesvorstand und dort vor allem für die Leitlinie Internationales verantwortlich. Als fränkischer BvB-Fan in Brüssel lebt er die europäische Integration und ist deshalb wild entschlossen, für ein geeintes Europa zu kämpfen.







INTERVIEW MIT

Sebastian Hartmann und Nadja Lüders

Anna: Lieber Sebastian, liebe Nadja, etwas mehr als drei Monate seid ihr nun in Euren Ämtern in der Parteispitze der NRWSPD. Wie würdet ihr Eure letzten drei Monate in Euren neuen Jobs beschreiben?

Nadja: Parlamente machen vielleicht Ferien – Politik ruht aber nie. Ich habe als erstes unseren Leitantrag komplett auseinander genommen. Dort Ordnung in die Arbeitsaufträge reinzubringen, die Prozesse zu strukturierten und zu überlegen, was man bis wann bewerkstelligen kann, war eine Menge Arbeit. Es lohnt sich aber. Erstens, weil ich überzeugt bin, dass wir nur mit strukturierter Arbeit und einem guten Plan wieder schlagkräftig und erfolgreich werden können. Und zweitens, weil die Partei einen Anspruch darauf hat, dass Beschlüsse auch umgesetzt werden. Das wird ja oft zurecht kritisiert – nicht zuletzt von Euch Jusos. Und bei dir so?

Sebastian: Spannend und motivierend! Der Landesparteitag in Bochum war ein guter Start mit einem neuen und spannenden Team. Pause gab es danach nicht. Wir haben den Sommer genutzt, um einige Antrittsbesuche und eine Tour durch NRW zu machen, vor allem die Aufgaben zu ordnen, die vor uns liegen. Der Leitantrag gibt eine gute Richtung vor. Die inhaltlichen Fragen – die vor den strukturellen Fragen stehen und die neuen

Ansätze in Sachen Parteiarbeit. Wir konnten im Sommer schon erste inhaltliche Punkte setzen. Nicht nur gegen rechts und klare Kante gegen AfD, sondern mehr Schärfung unserer Schwerpunkte: Zukunft der Arbeit, mehr Verlässlichkeit bei sozialer Sicherheit, Investitionen in Wohnen und Zusammenhalt.

Anna: Bei dem nun vor uns stehenden Prozess spricht Ihr immer von einem Verbesserungs- und nicht von einem Erneuerungsprozess. Heißt das, dass es mit Euch keine Erneuerung geben wird?

Sebastian: Der Begriff „Erneuerung“ wird in der SPD schon seit den 1980er Jahren verwendet. Wir haben in NRW einen Pfad der Veränderung vorgeschlagen, der eben eine Verbesserung sein soll. Wir haben gute Angebote und eine Idee, die uns niemand nehmen kann: Die Idee der Solidarität, die mit einem starken, solidarischen Sozialstaat gerade heute eine mutige Antwort gibt. Wer, wenn nicht wir, können selbstbewusst gegen Hass, Hetze und Spaltung antreten? Daher: Unser Prozess bedeutet Konzentration auf sozialdemokratische Politik. Ich habe es „Rot pur“ genannt. Das bedeutet, auch Ängste und Sorgen ernstzunehmen, aber stets eine zuversichtliche Sicht auf die Dinge zu wahren.

Anna: Was denkt Ihr, sollte man bei der Verbesserung insgesamt strukturell von den Jusos in die Partei übertragen?

Nadja: Gerade in den Bereichen der klaren Sprache und der Kampagnenfähigkeit – online wie offline – haben die Jusos zuletzt Maßstäbe gesetzt. Ich glaube auch, dass die Abstimmungsprozesse bei den Jusos schneller gehen, weil Ihr noch konsequenter als in der SPD die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzt. Davon kann sich die Partei eine große Scheibe abschneiden. Auch beim Thema Bildungsarbeit haben wir Nachholbedarf. Das packen wir direkt an und gründen eine eigene Parteischule der NRWSPD. Die Zeit der reinen Selbstbeschäftigung muss aber ein Ende haben. Viele da draußen sagen: „Gebt mir Bescheid, wenn Ihr fertig seid mit eurer Erneuerung und ruft an, wenn ihr wieder Politik für mich machen wollt!“

Anna: Im Leitantrag fällt ja auch die Kampagne der NRW Jusos „Zukunft gibt's nicht für lau“. Kern dieser Kampagne waren Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, Abkehr von der Schwarzen Null und – mindestens da stellen wir im Bund ja den wichtigen Finanzminister – die grundsätzliche Frage, nach dem Verständnis des Sozialstaates um dabei auch eine gerade in der Partei entfachten Diskussion zur Abkehr von Hartz IV aufzugreifen. Was kommt Euch bei diesen drei Schlagworten in den Sinn?

Sebastian: Die Stärkung des Sozialstaats ist einer unserer Schwerpunkte und dafür braucht es große Investitionen – in Bildung und Infrastruktur ebenso wie in soziale Sicherung. Da sind wir uns einig. Dass steht auch in Konkurrenz zum Bestreben, die "schwarze Null" bei der Haushaltspolitik zum höchsten aller Ziele zu erklären. Das habe ich auf dem Parteitag deutlich gemacht. Doch „schwarze Null“ versteht keiner da draußen, das ist Partei-sprache. Wenn wir sagen: Die einen wollen die Reichen entlasten und wir wollen von der Sorge um den Arbeitsplatz und Angst vor einer erfolgreichen Wohnungssuche entlasten und brauchen dafür mehr Investitionen, dann wird es verständlich. Wir wollen eine zweifelsfreie und verlässliche soziale Sicherheit. Die Abschaffung eines plakativen Begriffs wie Hartz IV wird nicht ausreichen. Zur sozialen Sicherheit gehört doch auch, Arbeitslosigkeit vor ihrem Entstehen zu verhindern. Deswegen greifen wir die Idee des staatlichen Chancenkontos auf, mit dem wir in die Weiterbildung des Arbeitnehmers investieren. Wir müssen Arbeit versichern und individuelle Qualifizierung gemeinschaftlich tragen. Der Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts gegen Langzeitarbeitslosigkeit und die zukunftsfähige Gestaltung von Rente und Pflege sind weitere Eckpfeiler einer bedingungslosen sozialen Sicherheit. Das bedeutet langfristige Arbeit an den Themen, Profilschärfung und keine Politik aus taktischem Kalkül.

Anna: Ihr wollt zusammen mit der Partei eine neue sozialdemokratische Erzählung der Sozialdemokratie erzählen. Welche politischen Kerninhalte müssen Eurer Meinung nach diese Geschichte prägen?

Nadja: Die NRWSPD hat drei Schwerpunkte benannt, aus denen wir nun gemeinsam etwas Gutes machen wollen. Erstens: Wie bleibt Arbeit unter den Herausforderungen der Digitalisierung für alle der Mittelpunkt eines selbstbestimmten Lebens? Zweitens: Wie gestalten wir einen starken Sozialstaat, der Menschen in Not bedingungslos hilft? Dazu gehört übrigens auch, dass

Wohnen bezahlbar bleiben muss. Drittens: Wie macht ein gerechtes Bildungssystem die Kinder in NRW fit für die Zukunft?

Anna: Und welche Rolle seht Ihr dabei für den Landesverband im Bund?

Sebastian: Wir sind uns als größter und stärkster Landesverband der Verantwortung für die Gesamtpartei natürlich bewusst. Deshalb ist es unser Anspruch, auch in Berlin Taktgeber für eine progressive linke Politik zu sein. Wir werden uns mit eigenen Vorschlägen einmischen und unsere Interessen ins neue Grundsatztprogramm einbringen.

Anna: Abschließend noch was in Richtung Jugendorganisation: Bei all der Verbesserung, was ist dabei euer Wunsch, wie die NRW Jusos diesen Prozess mitgestalten können? Innerhalb ihres Verbandes und innerhalb der SPD?

Nadja: Wie die Jusos ihren eigenen Verband so organisieren, dass er schlagkräftig und immer auf der Höhe der Zeit ist, mit großen Bindungskräften in die Gesellschaft hinein, ist eure Aufgabe. Da braucht Ihr keine Ratschläge. Was die Partei angeht: Im neuen NRWSPD-Landesvorstand sind die NRW Jusos ja stark vertreten wie nie. Und nach den ersten Treffen mache ich mir wirklich keine Sorgen, dass Ihr dort zu leise seid (lacht!).

Sebastian Hartmann ist Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Juni 2018 Vorsitzender der NRWSPD. Der gebürtige Oberhausener lebt seit seiner Kindheit im Rhein-Sieg-Kreis. Er ist verheiratet und Gründungsmitglied der „Kuppel-Knappen“, dem Bundestagsfanclub des FC Schalke 04.

Nadja Lüders ist Landtagsabgeordnete aus Dortmund. Beim Landesparteitag im Juni 2018 wurde sie zu Generalsekretärin der NRWSPD gewählt. Sie ist verheiratet und drückt beim Fußball dem BVB die Daumen.



Anna Spaenhoff ist Mitglied im Landesvorstand und eine wahre „Perle“ aus dem Dortmunder Ruhrgebiet. Sie studiert Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen und arbeitet für das Programm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ.

BUCHKRITIK SERIENKRITIK

FRAUEN UND MACHT - MARY BEARD



Wenn Frauen Macht ausüben, dann meist in Positionen, die in Verbindung mit den Bereichen Familie, Kinder und Senior*innen stehen. Finanzen, Wirtschaft und Sport beispielsweise werden oft männlich dominiert. Frauen sind in der Öffentlichkeit als Repräsentantinnen akzeptiert, wenn sie ihre Gruppen vertreten – aber bitte nicht die gesamte Bevölkerung! Mit diesen und weiteren Thesen stellt das Buch in 112 Seiten die Lesegemeinschaft auf eine Geduldsprobe der Akzeptanz.

Die Althistorikerin Mary Beard widmet sich mit sehr viel Liebe zum Detail einem Problem, das in der Gesellschaft als erschreckend normal angesehen wird. Wenn Frauen Macht haben, reagiert die Menschheit anders, als wenn ein Mann das Sagen hat. Hierbei geht es nicht (zwangsläufig) um hohe Managerinnen-Positionen, es geht vielmehr um den Alltag. Die Reaktionen äußern sich zum Beispiel in Form von 140 Zeichen-Tweets zwischen „Halts Maul Weib“ über Verstümmelungswünschen von weiblichen Geschlechtsorganen bis hin zu Morddrohungen. Nur um Frauen zum Schweigen zu bringen.

Das Buch greift aktuelle Debatten auf, #metoo ist hier nur ein Beispiel. Ein weiteres, sehr plakatives und gleichzeitig erschreckendes Beispiel ist der Wahlkampf zwischen Donald Trump und Hillary Clinton. Trump hält den enthaupteten Kopf von Clinton wie Medusa, einem griechischen Mythos, in der eine Frau eine Gefahr für Männer darstellt und deswegen getötet wird. Das Buch greift aber auch den historischen Background der Entstehung von Machtverhältnissen auf. Rundum eine absolute Empfehlung: für Feminismus-Newbies, genauso für alteingesessene Feminist*innen.



Christin Riedel ist zwar in Oldenburg geboren, hat ihre Heimat aber längst in der Stadt der 1000 Feuer gefunden, Gelsenkirchen. Neben ihrem Engagement im Landesvorstand ist sie Vorsitzende der Gelsenkirchener Falken und, so es die Freizeit zulässt, nicht nur in der Nordkurve, sondern auch gerne als interessierte Zuschauerin im Amateurfußball anzutreffen.

UNGLEICHLAND - J. FRIEDRICHS, F. HURST, A. SPINRATH, M. SCHMITT



„Was einem Angst macht, ist der Gedanke, dass man das, was man erreichen möchte, auch erreicht – das ist mächtig“. Das wohl eindrucksvollste Zitat der dreiteiligen WDR-Dokureihe „Ungleichland“ stammt von einem der reichsten Unternehmer in Deutschland und Protagonisten der Reihe. Die Doku will Antworten auf die Fragen geben, warum Macht und Reichtum in Deutschland ungleich verteilt sind. In der genauen Beleuchtung des Lebens eines mittelalten, superreichen, weißen Mannes drängt sich in den drei Folgen, neben der ungleichen Verteilung von Kapital zwischen oben und unten, dann aber auch die ungleiche Verteilung von Macht zwischen Wirtschaft und Politik auf.

Am Beispiel des Immobilienmarktes und den Blick auf eine klassische Mittelschichtfamilie, werden die Symptome der Ungleichheitsentwicklung am deutlichsten: Immobilienpreise steigen seit Jahren, der durchschnittliche Lohn aber nicht. Vermögen kann auf der einen Seite nicht aufgebaut werden. Die dagegen, die besitzen, können ihr Kapital immer weiter investieren und bestimmen gleichzeitig über die baupolitischen Entwicklungen in einer Stadt. Das politische Gegensteuern scheint hier fast aussichtslos. Das Bild der komplett veränderten Machtverhältnisse zwischen Wirtschaft und Politik ist vielleicht ein bisschen überzeichnet. Spätestens aber die Hoffnungslosigkeit, der in der Doku zu Wort kommenden Bürger*innen, die nicht mehr daran glauben, dass Politiker*innen noch irgendeinen Einfluss haben, ist alarmierend.

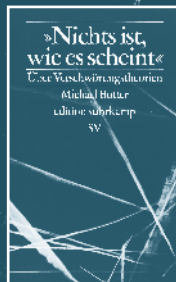
Erklärungen für die Ungleichheiten und eine tendenzielle Machtverschiebung in Deutschland werden anschaulich aufgeführt, konkrete Lösungen aber nur in Ansätzen genannt (was zugegebenermaßen nie Anspruch der Doku war). Resultat ist dennoch eine leicht wütende Zuschauerin und politische Akteurin mit dem tiefen Bedürfnis diese Verhältnisse wieder umzukehren. Den Bechdel-Test besteht dieser Horrorfilm übrigens nicht – die Protagonist*innen sind fast nur Männer ;).



Greta Maurer ist 26 Jahre jung, Feministin und kommt aus Ostwestfalen-Lippe. In ihrer Freizeit fährt die Studentin gerne Rennrad und Mountainbike.

BUCHKRITIK BUCHKRITIK

NICHTS IST, WIE ES SCHEINT - MICHAEL BUTTER



Manchmal könnte man meinen, dass Verschwörungstheorien wieder in aller Munde sind. Gerade einige Samstage her, durfte ich nachts mal wieder über die Klimawandel diskutieren und habe gelernt, dass das alles Lüge ist, um die Menschen zu kontrollieren. Ziemlicher Stuss könnte man sagen. Aber halt: Sind Verschwörungstheorien quasi in aller Munde? Waren sie jemals weg? Und geht es überhaupt tatsächlich um Verschwörungstheorien? Oft machen wir es uns ein wenig einfach und hinterfragen gar nicht mehr, mit was wir es eigentlich zu tun haben. Man könnte sich also fragen, ob das mit dem Klimawandel bei uns nicht doch funktioniert. Wenn das bei Michael Butter funktioniert hat, dann zeigt er es nicht. Er legt gut verständlich dar, woher Verschwörungstheorien kommen, was sie auszeichnet und wer dafür anfällig ist. Oder auch nicht. Mit europäischen und amerikanischen Beispielen aus der gesamten Neuzeit zeigt er, wozu sie gut sind und wieso wir das Gefühl hatten, dass es sie nicht mehr gibt. Er zeigt aber auch, was Verschwörungstheorien nicht sind, unabhängig von der Wirkung. Und so stellt man fest, dass Trump und von Storch ziemlich armselig sind, wenn es um Theorien geht. Aber in Verschwörungsgeschichten sind sie meisterlich. Warum? Findet sich alles im Buch, inklusive einer kurzen Einführung in mögliche Lösungen. Ein empfehlenswertes Buch für alle, die sich mit dem Thema auseinandersetzen (müssen). Wieso das meine erste (und letzte) Rezension in einem Verbandsmagazin ist? Und wieso ich mir dieses Buch aussuche? Tja, auch da muss wohl mehr dahinterstecken.

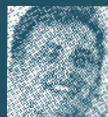


Ingo Wagner ist 34 Jahre jung, Mitglied im Juso-Landesvorstand und dort vor allem für die Leitlinie Internationales verantwortlich. Als fränkischer BvB-Fan in Brüssel lebt er die europäische Integration und ist deshalb wild entschlossen, für ein geeintes Europa zu kämpfen.

STUDIUM, STUPA, STREIK! - P. BREDER, M. REIFFS, K. ROTHE, M. STRAUSS



„Aber was war das eigentlich, links?“ - Bei den Juso-Hochschulgruppen hatte man offensichtlich nie Berührungsängste mit den ganz großen Fragen des Lebens, auch wenn nach 45 Jahren Verbandsgeschichte und zahlreichen aktiven Hochschulgrüpler*innen auf die Frage nach dem Linkssein sicherlich keine einheitliche Antwort erwartet werden darf. Da trifft es sich doch gut, dass der Ehemaligenverein der Juso-Hochschulgruppen mit Studium, Stupa, Streik! nun einen Sammelband vorgelegt hat, der die Geschichte des jungsozialistischen Studierendenverbands generationsübergreifend und vor allem multiperspektivisch beleuchtet. So berichtet Richard Meng in einem Beitrag über die Anfangszeit der Hochschulgruppen in den frühen 1970ern von dem Wunsch, sich von den maoistischen K-Gruppen abzugrenzen und eine progressivere linke Vision für die Hochschulen zu entwickeln, ohne dabei auf notwendige Kritik am Kapitalismus zu verzichten. Dagmar Schlapeit-Beck schreibt hingegen vom Aufbegehren der Frauen in den Hochschulgruppen, die sich nicht länger mit der männlichen Dominanz im Verband abfinden wollten und dieser eine geschlechtersensible Perspektive eröffneten. Auch in der Bildungspolitik war mit den Juso-Hochschulgruppen stets zu rechnen. Im Beitrag von Dörte Schall und Raoul Machalet lesen wir vom Kampf der HSGn gegen die Einführung von Studiengebühren. Bekanntlich sind diese mittlerweile abgeschafft. Ein Erfolg - und auch das lässt sich in diesem Buch nachlesen - an dem die Juso-Hochschulgruppen in NRW nicht ganz unbeteiligt gewesen sind. Mit Studium, Stupa, Streik! gibt es nun also das Buch, auf das alle gewartet haben: Ein Überblick über die Geschichte der Juso-Hochschulgruppen, der ihrer Vielseitigkeit gerecht wird und dabei vielleicht noch die ein oder andere Antwort auf die ganz großen Fragen des Lebens gibt. Versprochen.



Niklas ist 25 Jahre alt, studiert Germanistik in Münster und hat bei der letzten Stupa-Wahl mit sage und schreibe zehn Stimmen wesentlich zum Erfolg der Juso-HSG beigetragen.

JUSOS DUISBURG

setzen gemeinsam mit der Initiative „Seebrücke“ ein Zeichen für Humanität. „Seenotrettung ist kein Verbrechen“, dafür zogen am ersten September Hunderte durch die Duisburger Innenstadt.

Es scheint bitter nötig zu sein in Europa und auch in Duisburg für Humanität auf die Straße zu gehen: Europäische Partner verhindern zunehmend die Seenotrettung – das Mindestmaß an Humanität – und ein kleiner Kreis SPD-Kommunalpolitiker wettet sogar direkt gegen Zuwanderung. Festung Europa scheint die Devise. Dabei gibt es aus der Kommunalpolitik auch Vorbilder: Düsseldorf, Köln, Bielefeld und Bonn erklären sich bereit weitere Geflüchtete aufzunehmen. Genau das sollte Maßstab unserer Partei sein. Humanität ist schließlich nicht verhandelbar! Doch zurück zur Seebrücke: Die Veranstalter konnten hunderte aus der gesellschaftlichen Mitte mobilisieren. Sea Watch, Amnesty International, der DGB und die Kirchengemeinschaften mahnten eindringlich zu mehr Humanität. Und auch die Politik bekam eine Stimme: Als Redner vor dem Rathaus konnten wir aus unserer Partei Veith Lemmen gewinnen. Gemeinsam mit Jules El-Khatib (stellvertretender Landessprecher DIE LINKE NRW) und



Felix Banaszak (Landesvorsitzender Grüne NRW) konnte auch hier ein übereinstimmendes Plädoyer für die Humanität gehalten werden.

Auch wurden die Irrwege einiger SPD-Kommunalpolitiker aufgegriffen. In ebenfalls erstaunlicher Einigkeit wurde klargestellt, dass Äußerungen für Ankerzentren oder auch pauschale Diffamierungen bestimmter Zuwanderungsgruppen nicht für eine Politik des Mitte-Links-Parteienspektrums stehen.

Dabei mussten wir Jusos auch leider feststellen, dass auffällig wenig prominenten Vertreter*innen unserer Partei zur Kundgebung erschienen sind. Klare Bekenntnisse können hier sicherlich deutlicher sein. Wir Jusos zeigen aber gerne Gesicht für eine vernünftige Politik unserer Partei.

Nach offiziellen Angaben hatte die Polizei 800 Teilnehmer*innen gezählt. Dies aber wohl noch während der Auftaktkundgebung und dem Sammeln des Demonstrationzuges. Weitere eigene Zählungen sehen hier – während des Zuges – 1.500 bis 2.000 Teilnehmer*innen.



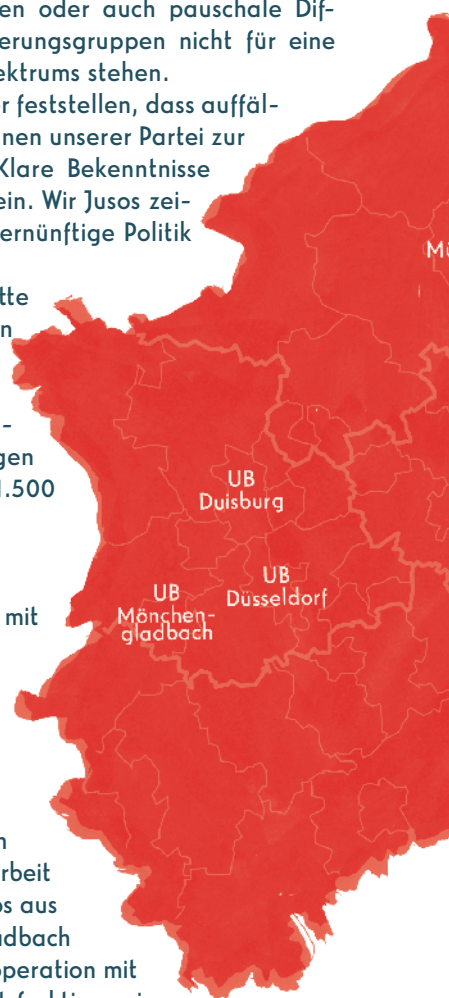
JUSOS DÜSSELDORF

Die Krux bei der Verkehrswende

Die Autofahrt innerhalb der Stadt ist so sinnlos wie verständlich. Das Auto stellt, seitdem es zum Massenprodukt wurde, nicht weniger als eine Kulturrevolution dar. Damit einhergehend konnte der Mensch sich individuell in seiner Mobilität befreien. Dem eigenen Auto wohnt demnach eine emotionale Wertigkeit inne, die über den Gegenstandswert hinausgeht. Die Politik muss also Angebote schaffen, die ähnlich befreien oder bestenfalls einen höheren Grad an Freiheit versprechen.

Anders als für den individuellen Verkehr innerhalb der Stadt, sind die Mobilitätschancen für Pendler*innen aufgrund größerer Distanzen ganz reell unattraktiv. Entscheidend ist wie man von Mönchengladbach-Holthausen nach Düsseldorf-Derendorf kommt – nicht vom Hauptbahnhof Mönchengladbach zum Hauptbahnhof Düsseldorf. Und entscheidend sind die Lebensalltage der Pendler*innen, die beispielsweise für Alleinerziehende nicht nur das Pendeln von A nach B bedeuten, sondern auch die Fahrten zur Kita, zum Einkaufen oder zum Fußballtraining umfassen.

Gemeinsam mit Alfred Fuhr, Verkehrssoziologe aus Frankfurt, haben wir Jusos Düsseldorf in Zusammenarbeit mit den Jusos aus Mönchengladbach sowie in Kooperation mit den SPD-Ratsfraktionen in Düsseldorf und Mönchengladbach Ende Mai über den interkommunalen Verkehr und die Alltage von Pendler*innen diskutiert. Schwerpunkt der weiteren Arbeit wird es sein, auch Pendler*innen zukünftig eine Mobilitätschance zu eröffnen, die Freiheit stiften kann und das eigene Auto emotional sowie reell obsolet werden lässt. Die Ergebnisse haben die Jusos Düsseldorf mit den Jusos Mönchengladbach in dem Antrag „Interkommunale Mobilität – Freie Fahrt statt Frust!“ für die Juso-Landeskonferenz aufgearbeitet.





JUSOS MÜNSTER

Sommercamp der Jusos-Hochschulgruppen in Münster

Anfang August war es soweit: In NRW fand das allererste

Sommercamp der Jusos-Hochschulgruppen statt. Über drei Tage hatten Bundesvorstand und Bundesgeschäftsführung ein tolles Programm in Münster auf die Beine gestellt. Das Vergnügen sollte dabei nicht zu kurz kommen und so starteten wir am Freitagnachmittag in lockerer Runde mit einem Input und anschließender Diskussion zur neuen Rechtsen in Europa, um den Abend dann bei ein paar kühlen Getränken im Park ausklingen zu lassen. Samstagvormittag stürzten wir uns dann in die Zukunftswerkstätten zu den Schwerpunkten Arbeit, Europa, Feminismus, Migration und Um-

welt. Die hier erarbeiteten Ansätze, die wir in den Arbeitsgruppen intensiv diskutiert haben, möchte der Bundesvorstand in seine Anträge zum nächsten Bundeskoordinierung einfließen lassen. Die inhaltliche Arbeit ließen wir bereits am Nachmittag ruhen und wendeten wir uns einem kleinen Sport- und einem großen Freizeitprogramm zu, bei dem alle auf ihre Kosten kamen. Den Tag rundeten wir mit einem entspannten Grillen und einer kleinen Party mit Musik am Münsteraner Schloss ab (an dieser Stelle nochmal ein großes Dankeschön an die Jusos-Hochschulgruppe Münster für die Organisation). Den Abschluss machten am Sonntag die Workshops zum Thema „Fit für den Semesterstart“, wo wir unsere Skills in Sachen Social Media, Kampagnenplanung, Neumitgliederansprache und Frauen*-Empowerment auffrischen konnten. Ein tolles Wochenende, das nach einer Neuauflage in 2019 schreit!

JUSOS MÖNCHENGLADBACH

OGATA: Kampagne der Jusos und der SPD in Mönchengladbach

Nicht mal 40% der Grundschulkinder in Mönchengladbach haben einen Ganztagsbetreuungsplatz. Fast 6000 Grundschüler*innen stehen ohne einen Betreuungsplatz da. Das stellt nicht nur ihre Eltern vor große Herausforderungen, auch die Politik ist gefragt. Wird das Kind eingeschult, wird für die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Probe gestellt, denn der Bedarf ist da und Warteliste lang. Das Thema soll bei den Haushaltberatungen im Rat stärker in den Fokus gerückt werden. Auch auf Landes- und Bundesebene gibt es Handlungsbedarf, ab 2025 soll der geplante Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Grundschule gelten. Mit der Abschaffung des Kooperationsverbots könnte die Politik endlich ihrer Verantwortung nachkommen und die Kommunen bei der Finanzierung des Ausbaus unterstützen. Die angespannte Betreuungssituation vor Ort nehmen Jusos und SPD Mönchengladbach zum Anlass, mit einer Kampagne den Ausbau des Offenen Ganztags voranzutreiben. Das fünfköpfige Kampa-Team besteht mehrheitlich aus Jusos und hat ambitionierte Ziele: Jedes Kind in Mönchengladbach soll einen qualitativen und bezahlbaren Betreuungsplatz bekommen. Durch

ein Sofort-Programm soll die Situation schon in den kommenden Schuljahren deutlich besser werden. Die Kampagne soll zudem als Vorbild für weitere Projekte fungieren. Um für die Zukunft zu lernen und neue Herangehensweisen und Konzepte ausprobieren, wird ein Kampagnenleitfaden entwickelt. Ziel ist nicht nur, den Elternwillen und den geplanten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Grundschule zu realisieren, sondern die Partei für die kommenden Wahlen kampagnenfähig zu machen. Das bedeutet auch Jusos sichtbar zu machen: Die Moderation der öffentlichen Diskussionsveranstaltung haben zwei Jusos übernommen. Im Dialog mit den Grundschulen, Trägern und Eltern wurden bereits Probleme und Handlungsbedarfe in der Praxis analysiert, um in der Expert*innenrunde aus Landes- und Bundespolitik sowie Wissenschaft weitere Möglichkeiten und Ansätze zur Verbesserung der Betreuungssituation in der Stadt zu diskutieren.



Mit kreativen Aktionen auf den Straßen wurden nicht nur neue Formen ausprobiert, sondern auch Erfahrungen für den Wahlkampf gesammelt.



SOMMER SONNE SOZIALISMUS

DAS YES-CAMP IN ROTA

Im Austausch mit unseren Schwesterorganisationen: Die aktuelle Situation in Europa war dabei immer wieder Thema.



om 09.07 bis zum 14.07 fand das YES- Summer Camp statt. Dieses Mal ging es nach Spanien, genauer nach Rota. Das ließen wir NRW Jusos uns natürlich nicht entgehen. Am Montag ging es mit einer 20-köpfigen Delegation um 6.20h ab Düsseldorf los nach Spanien. Am ersten Tag hatten wir Zeit uns zu akklimatisieren und sowohl den Strand als auch die naheliegenden Quellen für Verpflegung auszuchecken, was sich für die restliche Campzeit als ausgesprochen hilfreich herausstellte. Ab Dienstag ging's dann los mit dem Programm. Zusammen mit 600 Jungsozialist*innen aus ganz Europa tauschten wir uns in den Workshops über die unterschiedlichsten politischen Themen aus, sprachen in Delegationstreffen über die politische Situation in unseren jeweiligen Regionen, lauschten politischen Funktionär*innen bei der Eröffnungszereemonie und hatten außerhalb des Programms genug Raum, um Genoss*innen aus den unterschiedlichsten Ländern kennen zu lernen. Und auch für Badevergnügen und abendliche Partys blieb genug Zeit.

Die aktuelle Situation in Europa war immer wieder Thema. Wir stehen überall vor ähnlichen Problemen: Dem gesellschaftlichen Rollback und Rechtsruck. Und eins ist auf dem Summercamp unseres europäischen

Dachverbands klar geworden: Wir sind international solidarisch miteinander und unsere Zusammenarbeit beschränkt sich nicht auf den Europa-Wahlkampf 2019 (weshalb er aber nicht minder wichtig ist). Dieser war natürlich trotzdem Thema und die Eindrücke und Erfahrungen aus dem Camp geben zusätzliche Motivation für den anstehenden Wahlkampf. Wir kämpfen mit unseren jeweiligen Organisationen für ein solidarisches Europa. Am Freitag machten wir uns dann wieder auf den Weg zurück nach NRW. Wir landeten, trotz kleiner Verspätung, wieder sicher in Düsseldorf und konnten voller Vorfreude, auf das sich am Samstag anschließende großartige Feminismusforum und Sommerfest der NRW Jusos, erschöpft ins Bett fallen. Alles in allem hatten wir eine super Zeit, trotz nicht sterneverdächtigem Caterer (er hat uns immerhin angeregt die umliegenden Restaurants und Imbisse auszuprobieren) und Übernachtung in einer Turnhalle (was angenehmer war als erwartet). Beim nächsten internationalen Summercamp sind wir bestimmt wieder dabei.



Shari Kowalewski ist Mitglied im Juso-Landesvorstand und hat unsere Delegationen schon auf viele internationale Festivals begleitet. Nicht nur deshalb, aber auch aufgrund dessen, ist sie im Landesvorstand für Internationales verantwortlich.

NRW JUSOS GOES GAMESCON



Die Generalsekretär*innen der großen Parteien waren sich einig: Gaming ist ein wichtiger Markt und muss verstärkt gefördert werden.

10 Jahre, so lange findet bereits die Gamescom in Köln statt. Die weltweit größte Messe für Games mitten im Herzen von Nordrhein-Westfalens. Zum Jubiläum waren in diesem Jahr auch eine Delegation der NRW Jusos im bunten Trubel der Gamer*innen. Acht Hallen, mehrere Außenbereiche und ein Kongresszentrum standen in diesem Jahr für über 350.000 Menschen bereit. Am frühen Morgen traf sich unsere Delegation vor dem Bahnhof Köln/Deutz. Ab da begann für uns ein straffes, aber ziemlich geniales Programm. Den Aufschlag machte die "Debatte Royale", bei der die Generalsekretär*innen der Parteien über die Gamesbranche diskutierten. Wer hier jedoch auf einen spannenden Schlagabtausch aus war und nach unterscheidbaren Politiken gesucht hat, wurde enttäuscht. Klar, die Ein oder Andere Spitze teilten die Damen und Herren aus. Aber vor allem jedoch gegen die CSU, die nicht mit am Tisch stand. Aber Politik muss sich ja auch nicht immer auf Teufel komm raus streiten, denn informativ und spannend war es dennoch. Und das Fazit, sollte es denn alles so kommen wie angepriesen, kann die Branche wie auch Gamer*innen gleichermaßen erfreuen. Wie bereits im Koalitionsvertrag festgehalten, wird es eine Förderung für die Entwicklung von Spielen geben. Dies wird über eine Kulturförderung laufen und in jedem Einzelfall geprüft werden. Nachdem der neue Haushalt im Bundestag steht, wird auch klar sein wie hoch diese Förderung ausfallen wird. Der Branchen-Verband wünscht sich mindestens 50 Millionen Euro jährlich. Sobald dies dann passiert ist, müssen sich nur noch Scheuer und Seehofer in ihren Ministerien einigen und schon sind auch die Standards und Vorgaben für die Vergabe der Förderung klar - Ironie aus. Des Weiteren waren sich alle Beteiligten einig, dass eSports mehr gefördert werden muss und als eine Sportart anerkannt werden soll. Gleiches gilt für eine Erneuerung und Verbesserung des Jugendschutzes bezüglich Gaming. Natürlich wurde auch über den miserablen Ausbau der Glasfasernetze diskutiert, ebenso wie über die Bedeutung von Spielen für den Bereich der Bildung. Bei einem Interview durch die Veranstalter*innen schlug ein Besucher der Gamescom vor, man könne doch das Spiel

Assassin's Creed für den Geschichtsunterricht nutzen. Eine Idee, die ich sehr sympathisch finde.

Damit unser Input auch sacken konnte, stürzte sich die Delegation danach in den Trubel der Messe. Ab dem Nachmittag standen noch drei Hintergrundgespräche auf dem Plan. Den Auftakt machte ein Austausch mit dem Geschäftsführer und dem PR/Jugendschutzbeauftragten von EA Games. Themen wie Jugendschutz, Feminismus und die Förderung von Games durch den Staat wurden thematisiert. Im Anschluss trafen wir uns noch mit einem Vertreter von Ubisoft aus Düsseldorf und sprachen über Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen in der Entwickler*innenbranche. Bei allem Spannenden darf man letztlich nicht vergessen, dass alle Gesprächspartner*innen vor allem eines im Blick hatten: Werben für die Förderung der Games-Branche.

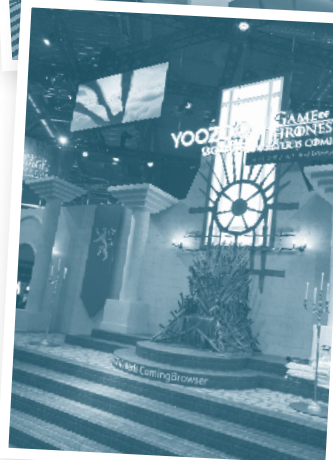
Die Games-Branche ist ein Milliarden schweres Geschäft. In Deutschland sind 524 Unternehmen an der Entwicklung und dem Vertrieb von Spielen beteiligt. Der Games-Markt weist ein rasantes Wachstum auf. Innerhalb eines Jahres stieg der Umsatz um 15% auf 3,3 Milliarden Euro. Die Anzahl an Arbeitsplätzen ist im Vergleich zum Umsatz relativ gering. Im Kerngeschäft arbeiten 11.705 Beschäftigte. Nimmt man noch den erweiterten Markt hinzu, also Dienstleister*innen, Händler*innen etc., kommt man auf insgesamt 28.746 Beschäftigte. Spannend ist die Tatsache, dass deutsche Entwicklerfirmen lediglich einen Anteil von 5,4% (119 Mio. Euro) des Umsatzes am deutschen Markt aufweisen.

Letztlich lässt sich der Tag wie folgt festhaltend: spannend und informativ. Die Anerkennung von eSports als Sportart ist sicherlich ein richtiger Schritt. Selbiges gilt für die Spieleförderung durch den Staat. Laut Aussage von Lars Klingbeil könnte schon zur nächsten Gamescom die Förderung festgezurr sein. Man darf gespannt sein.



Jesco Groschek ist Mitglied im Landesvorstand der NRW Jusos und dort unter anderem für die Bildungsarbeit zuständig. Beruflich spielt er viel mit (kleinen) Kindern, privat aber auch mal gerne mit der Console."

Volle Messehallen:
Hunderttausende
Besucher*innen strö-
men in jedem Jahr zur
Gamescon nach Köln.
Mittendrin: Unsere
NRW Juso-Delegation.



MELTING POTT

DIE HERAUSFORDERUNGEN IM RUHRGEBIET

Die nehmen uns Arbeitsplätze weg, die schicken ihr Kindergeld nach Hause, die wohnen in Drecksbuden, die, die, die. Viele Vorurteile herrschen gegen Menschen, die aus Südosteuropa zu uns einwandern.

Aktuell scheint die Debatte um diese Zuwanderung wieder Kurs aufzunehmen, zweifelsohne auch in unserer SPD. Das liegt einmal an Äußerungen von Genoss*innen, die in ihren Funktionen Ressentiments bedienen, die wir bekämpfen. Zum anderen ist es der Druck, der durch die Kommunen und den Bund aufgebaut wird. Dort, wo die SPD regiert, wird erwartet, dass wir Lösungen finden. Für uns ist es inakzeptabel, die Sprache und Forderungen der AfD zu übernehmen. Für uns bedeutet das konkret, Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander auszuspielen. Die Kommunen klagen zurecht über mangelnde finanzielle Unterstützung von Land und Bund und werden in ihrer Situation allein gelassen. Gleichzeitig hat die Landesregierung entschieden, dass die Kommunen ab sofort weniger Geld bekommen. So bekommt Gelsenkirchen beispielsweise 46 Mio.

Euro weniger Schlüsselzuweisung vom Land, im Vergleich zum Vorjahr. Aber insbesondere für die Ruhrgebietskommunen bedeutet das: Weniger Geld für Integration, Bildung und Infrastruktur.

Die Problemlagen sind in vielen Ruhrgebietsstädten sehr ähnlich: Häufig haben Migrant*innen keine Chance anderen Wohnraum als „Schrottimmobilien“ zu finden. Mehrfamilienhäuser, die mehr als sanierungsbedürftig sind, werden von privaten Investor*innen gekauft, die meist extern sind und keinen Bezug zur Stadt haben. Anstatt die Immobilien aufzupäppeln, werden sie an Menschen vermietet, die Probleme bei der Suche nach Wohnungen haben – Sinti und Roma. Eine menschenunwürdige Überbelegung, in manchen Fällen mit nicht einmal fließendem Wasser oder Strom, tun dann ihr Übriges. Anstatt eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten, wird schnelles Geld gemacht – zum eigenen Zweck. Die Städte, die es sich noch leisten können, versuchen das Problem durch Aufkaufen der Immobilien zu kontrollieren oder setzen „Task Forces“ ein, die zumindest die Häuser besuchen und den Brandschutz kontrollieren und so versuchen die Gebäude in Stand gesetzt zu bekommen. Auch erklären sie immer mehr Immobilien für unbewohnbar und bringen die Menschen in städtischen Wohnungen unter. Erste Erfolge sind sichtbar, die Herausforderung besteht allerdings weiterhin. Dazu kommen noch Schlepperban-

den, welche die Menschen ins Ruhrgebiet bringen und sie dann sich selbst überlassen. Oft finden sich solche Immobilien dann noch in den sozial schwachen Stadtteilen, was dort oft den Anteil an der Bevölkerung prozentual erhöht. In der Dortmunder Nordstadt beträgt der Anteil von Rumän*innen und Bulgar*innen 7,6 % an der dortigen Bevölkerung. Auch das Problem der Schrottimmobilien ist hier größer, als im übrigen Stadtgebiet.

Doch für eine gelingende Integration und die damit verbundene Anerkennung in der Gesamtbevölkerung spielen noch mehr

Aspekte eine Rolle. Die Menschen brauchen Jobs, dafür müssen sie Deutsch können, Abschlüsse müssen besser anerkannt werden und die Beratung vor Ort muss ermöglicht werden. Versäumt haben es die Kommunen lange Zeit, Dolmetscher*innen in den nötigen Beratungsstrukturen einzubinden und diese auch auszubilden.

Land und Bund müssen dringend den Kommunen finanziell unter die Arme greifen, was Integrationsleistungen angehen und Gesetze müssen erleichtert werden, um privaten Investoren das Handwerk zu legen, wenn sie Immobilien verkom-

men lassen. Doch gerade als Sozialdemokrat*innen müssen wir daran denken, dass dort Menschen zu uns kommen, deren Regierungen vor Ort Fördergelder nicht richtig einsetzen, die Opfer von Schlepperbanden werden und hier sich selbst überlassen sind und Behörden nicht trauen.

Nicht die Menschen sind das Problem, sondern die Umstände und die gilt es zu verändern!

**NICHT DIE
MENSCHEN SIND
DAS PROBLEM,
SONDERN DIE
UMSTÄNDE UND
DIE GILT ES ZU
VERÄNDERN!**

DATEN, ZAHLEN, FAKEN:

Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien nach Städten*:

Dortmund:	8.515 (1,4%)
Duisburg:	18.163 (3,6%)
Gelsenkirchen:	6.959 (2,5%)
Essen:	mehr als 6.000 (1,1%)
München:	fast 30.000 (fast 2%)
Nürnberg:	16.710 (fast 3,1%)
Offenbach:	8.956 Personen (6,6%)

*Erste Zahl: Personen in der jeweiligen Stadt, in Klammern: prozentualer Bevölkerungsanteil. Betont werden muss an dieser Stelle, dass die Zahlen nichts über die Höhe des Anteils an Sinti und Roma aussagt.



Anna Spaenhoff Anna Spaenhoff (26) ist Mitglied im Landesvorstand und eine Wahre „Perle“ aus dem Dortmunder Ruhrgebiet. Sie studiert Politikwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen und arbeitet schon eine ganze Weile in einem Abgeordnetenbüro im Landtag und engagiert sich u.a. im Bereich Antifaschismus, Bündnisarbeit und im LaVo-Schwerpunkt „Gesellschaft von morgen“.



Christin Riedel Christin Riedel ist Mitglied im Landesvorstand und arbeitet dort u.a. in den Bereichen Internationalismus und Bündnisarbeit. Wenn sie nicht gerade gegen Nazis demonstriert, reist sie dem FC Schalke 04 hinterher.



Alexander Nolte ist Mitglied im Landesvorstand und arbeitet als Jugendbildungsreferent bei der IG BCE. Seine Freizeit verbringt der 29-jährige Essener gerne im Garten. Auch, aber nicht nur, weil er seine Masterarbeit zum Thema Kommunaler Klimaschutz gemacht hat.



Gastbeitrag von:
Romani Rose,
 Vorsitzender des
 Zentralrats Deutscher
 Sinti und Roma

Duisburgs SPD-Oberbürgermeister Link benutzt gezielt rassistische Stereotype, um Sündenböcke zu produzieren

Nachdem der SPD-Oberbürgermeister von Duisburg, Sören Link, im Kontext der Debatte über ausländische Empfänger von Kindergeld gezielt Sinti und Roma ins Zentrum von Missbrauch und Betrug gesetzt und damit eine pauschale, auf der Abstammung basierende Schuldzuschreibung vorgenommen hatte, traf ich am 29. August 2018 die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles zu einem intensiven Meinungsaustausch.

Angesichts der Gewaltausbrüche in Chemnitz und der rechtsextremistischen Hetze darf es nicht hingenommen werden, dass immer wieder versucht werde, alte Stereotype und Ressentiments gegen Sinti und Roma zu aktivieren und politisch zu funktionalisieren. Das Beispiel des Duisburger Oberbürgermeisters zeigt nach Auffassung des Zentralrates, dass hier genau diese Muster benutzt wurden, um eine Debatte anzustoßen, in der keine konkreten Fakten benannt werden, sondern die sich nahezu ausschließlich auf Behauptungen stützt.

Es ist darüber hinaus ein Kennzeichen zutiefst rassistischer Bilder, wenn der Duisburger Oberbürgermeister erst kriminelle Schlepperbanden verantwortlich macht, „Sinti und Roma“ nach Duisburg zu bringen und dann zu erklären: *„Ich muss mich hier mit Menschen beschäftigen, die ganze Straßenzüge vermüllen und das Rattenproblem verschärfen. Das regt die Bürger auf.“* Genau diese Verbindung von „Rattenproblem“ und Vorwürfen gegen die gesamte Minderheit machen Sinti und Roma zur Zielscheibe von Hass und gefährdet die Sicherheit unserer gesamten Minderheit in Deutschland. Die Herstellung von Sündenböcken ist eine der Kernfunktionen von Antiziganismus wie von Antisemitismus.

Die Politik darf Äußerungen wie die von OB Link nicht verharmlosen und sie muss die Populisten in ihren eigenen Reihen, die versuchen sich mit rassistischen Aussagen zu profilieren, konsequent ächten.

Es kann nicht sein, dass einerseits auf den neuen Antisemitismus in Deutschland zu Recht mit der Berufung eines Bundesbeauftragten und mit neuen Programmen reagiert wird, und gleichzeitig aus den Reihen der SPD ein alter Antiziganismus wieder gesellschaftsfähig gemacht werden soll. Es war daher ein wichtiges Zeichen, dass die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles nach unserem Treffen in einer gemeinsamen Erklärung deutlich gemacht

hat, dass sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von derartigen Ressentiments klar distanziert.

Die Ausschreitungen in Chemnitz Ende August haben gezeigt, dass in Deutschland eine gewaltbereite Rechte besteht, die eine Bedrohung nicht nur für Minderheiten, sondern für unseren demokratischen Rechtsstaat darstellt und dem jeder Anlass recht ist, seine Gewaltphantasien auf die Straße zu tragen. Aussagen, wie die von Oberbürgermeister Link, machen rechtes Gedankengut gesellschaftsfähig, gerade weil es von einer vermeintlich demokratischen Mitte aus geäu-

bert wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass solche Positionen, die die AfD geradezu rückwirkend legitimieren, in der Politik jetzt von den demokratischen Parteien aufgenommen werden. Auch das lange Schweigen von Ministerpräsident Kretschmer zu der rechtsradikalen Gewalt in Chemnitz war ein fatales Signal an die Gesellschaft. Die Politik darf Äußerungen wie die von OB Link nicht verharmlosen und sie muss die Populisten in ihren eigenen Reihen, die versuchen sich mit rassistischen Aussagen zu profilieren, konsequent ächten. Denn das Schweigen bedroht unseren Rechtsstaat, unsere Demokratie und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

NSU

— LETZTER TEIL

Nach fast 450 Verhandlungstagen in über fünf Jahren ist der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte zu Ende gegangen. Jetzt liegt ein Urteil vor. Seit einem Jahr begleitet diese Kolumne den „Endspurt“ des Prozesses und hat zunächst einen Blick zurück gewagt und die Opfer und ihre Angehörigen in den Fokus ge-

nommen (3/2017), anschließend die besondere Rolle der staatlichen Behörden betrachtet (4/2017) und schließlich den Prozessbeobachter Friedrich Burschel interviewt (1/2018). Mit dieser letzten Ausgabe blicken wir abschließend auf den Prozess selbst, das Urteil und seine Bedeutung für Politik und Gesellschaft.

Der Prozess

Der Prozess begann gleich mit einer Panne: Nachdem das Vergabeverfahren für die begehrten 50 Presseakkreditierungen, bei denen türkische und andere ausländische Medien leer ausgegangen waren, vom Bundesverfassungsgericht für ungültig erklärt worden war, musste der Auftakt verschoben werden. Am 6. Mai 2013 eröffnete schließlich der Vorsitzende Richter Manfred Götzl den Prozess vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München. Ihn unterstützten vier beisitzende RichterInnen und ein Ergänzungsrichter. Die Anklage wurde von Bundesanwalt Herbert Diemer und einigen weiteren StaatsanwältInnen vertreten. Des Weiteren waren 95 NebenklägerInnen mit insgesamt 60 AnwältInnen am Verfahren beteiligt. Die Angeklagten Zschäpe, Wohlleben, Sch., Eminger und Gerlach wurden von insgesamt 14 AnwältInnen verteidigt.

Zschäpe wurde zunächst von den (Pflicht-)VerteidigerInnen Wolfgang Heer, Anja Sturm und Wolfgang Stahl vertreten. Im Verlaufe des Prozesses brach sie jedoch den Kontakt zu diesen drei AnwältInnen ab und bestellte Mathias Grasel und kurze Zeit später dessen Kanzleikollegen Hermann Borchert als zusätzliche (Wahl-)Verteidiger. Verschiedene Versuche von

Zschäpe, ihre Pflichtverteidiger abberufen zu lassen, und auch Anträge von Heer, Sturm und Stahl selbst, entpflichtet zu werden, wurden vom Gericht abgelehnt. So arbeiteten die drei ohne Kontakt zu ihrer Mandantin weiter. Erst zum Ende des Prozesses schenkte die Angeklagte nach langer Eiszeit ihren PflichtverteidigerInnen wieder Aufmerksamkeit: Sie folgte dem Plädoyer von Heer interessiert und ihm zugewandt. Er beantragte Freispruch, im Gegensatz zu den Verteidigern von Zschäpes Vertrauen, die maximal zehn Jahre Gefängnis wegen schwerer Brandstiftung beantragt hatten.

Die Nebenklage sorgte 2015 für Aufsehen, als bekannt wurde, dass eine angebliche Nebenklägerin, ein vermeintliches Opfer des Kölner Nagelbombenanschlags, gar nicht existierte. Der Anwalt zog sich aus dem Prozess zurück und wurde zur Rückzahlung von 211.000 Euro verurteilt, die er als Spesen abgerechnet hatte.

Von den anderen Angeklagten hatte insbesondere Ralf Wohlleben noch eine nennenswerte Vertretung: Er wurde von drei SzeneanwältInnen verteidigt, die – gelegentlich mit Unterstützung der anderen VerteidigerInnen – den Prozess immer wieder durch Befangenheits- und andere Anträge unterbrachen. Dazu gehörte beispielsweise auch ein Antrag auf demographische Feststellung des angeblich

drohenden „Volkstods“. Zu Beginn des Prozesses sagte nur der Angeklagte Carsten Sch. aus – die anderen Angeklagten steuerten im Verlaufe des Prozesses Erklärungen und Teilgeständnisse bei, die zu meist von ihren VerteidigerInnen verlesen wurden.

Die Atmosphäre im Verfahren änderte sich sehr häufig. Emotionale und mutige Aussagen von Angehörigen und Opfern wurden durch die meist erfolglosen Anträge der Verteidigung unterbrochen, was gelegentlich zu chaotisch anmutenden Situationen führte. Immer wieder verstrickten sich Zeuginnen der staatlichen Behörden und der Naziszene in Widersprüche. Die Mitarbeiter und V-Leute der Verfassungsschutzämter verhielten sich unkooperativ und verweigerten häufig konkret Antworten. Bisweilen kam es zu absurden, beinahe komischen Szenen – beispielsweise als V-Mann-Führer Reinhard Görlitz vom Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg zur Vernehmung erschien. Er war verumumt, trug eine Perücke und seine Kleidung war mit Kissen ausgestopft. Nachdem er während seiner Aussagen immer wieder in Unterlagen blätterte, wurden diese schließlich vom Gericht beschlagnahmt.

Insbesondere unter den NebenklägerInnen und in der den Prozess begleitenden Zivilgesellschaft machte sich mit

fortschreitendem Verlauf immer größere Enttäuschung breit. Das Gericht und auch zahlreiche Medien folgten im größten Teil der Logik der Bundesanwaltschaft und der staatlichen Behörden, wonach der NSU auf das Kerntrio reduziert werden könne. Eine vollständige Durchleuchtung des NSU-Komplexes, insbesondere der Rolle der Verfassungsschutzämter und anderer Sicherheitsbehörden, blieb aus.

Der Bundestag und acht Landtage haben zu verschiedenen Zeiten parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUAs) eingerichtet, deren Arbeit zum Teil noch nicht abgeschlossen ist. Obwohl ihr Erkenntnisgewinn über das UnterstützerInnennetzwerk zum Teil größer als beim Prozess war, fand die Arbeit der PUAs in der Öffentlichkeit nur geringere Beachtung.

Fazit

Die in den Texten dieser Kolumne präsentierten Schlaglichter auf das Netzwerk NSU, die Opfer und den Umgang mit ihnen, den Prozess und die Rolle verschiedener Verfassungsschutzbehörden sind beispielhaft ausgewählt, um zu zeigen, dass das Ende des Prozesses nicht das Ende der Aufarbeitung des NSU-Komplexes sein kann. In den Reihen der Nebenklage und unter ProzessbeobachterInnen herrschen Enttäuschung und Ernüchterung darüber, wie wenig das Verfahren in die Tiefe des NSU-Komplexes eingedrungen ist. Hoffnung richtet sich auf die Ergebnisse der weiterhin arbeitenden parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und auf eine aktive und fordernde Zivilgesellschaft, die eine vollständige Aufarbeitung fordert. Wie konnte es geschehen, dass eine rechtsterroristische Zelle über Jahre in Deutschland schlimmste Verbrechen be-

ging und keine polizeiliche Behörde ihr auf die Spur kam? Wie brisant diese Frage noch werden kann, hängt auch davon ab, wie weit die Informationsstände verschiedener staatlicher Behörden zu verschiedenen Zeitpunkten rekonstruiert werden können. Ob letztlich Fragen wie z.B., ob es wirklich nur Zufall war, dass ein hessischer Verfassungsschützer beim Mord an Halit Yozgat am Tatort war, je abschließend beantwortet werden, ist zweifelhaft. Fest steht jedoch, dass der Verfassungsschutz über die Bezahlung von V-Leuten mehrere Hunderttausend Euro in das Umfeld des NSU gepumpt hat. Bis heute verteidigen die Verfassungsschutzbehörden ihr Vorgehen und den Einsatz von V-Leuten. Die Verweigerung der Herausgabe, die geplante Vernichtung oder das mysteriöse Verschwinden von Akten haben die Diskussion immer wieder neu entfacht, wie tief VerfassungsschützerInnen in den NSU-Komplex verstrickt sind. Vollständig aufklären lassen wird sich auch diese Frage wahrscheinlich nicht mehr.

Abschließend bleibt die Frage: Kann es wieder geschehen? Es gibt beunruhigende Parallelen zwischen dem politischen Klima der 90er Jahre und heute. Auch damals gab es eine Diskursverschiebung nach rechts, begleitet von Asylrechtsverschärfungen auf der einen und einem Anstieg rechter Gewalt auf der anderen Seite. In den letzten Jahren wurden immer wieder rechtsterroristische Vereinigungen aufgedeckt, die Anschläge geplant oder durchgeführt hatten. So wurde 2015 die „Oldschool Society“ ausgehoben, eine Neonazigruppe, die Anschläge plante und bereits mehr als 150 kg Sprengstoff gehortet hatte. Ebenfalls 2015 wurde die rechtsterroristische „Gruppe Freital“ aufgedeckt, die für Sprengstoffanschläge

und Gewaltdelikte verantwortlich war. Auch in diesem Fall gab es im Vorfeld der Taten Kontakt zwischen dem sächsischen Verfassungsschutz und Mitgliedern der Gruppe.

Der Motor im Streben nach einem „Nie wieder“ bleibt die demokratische Zivilgesellschaft. Sie muss Aufklärung und tiefgreifende, strukturelle Veränderungen fordern. Bis dahin bleibt die pointierte und richtige Forderung bestehen: Kein Schlussstrich!

Eine gesammelter Text aus diesen Kolumnen ist bei den Ruhrbaronen (<https://www.ruhrbarone.de/das-nsu-urteil-darf-das-versagen-der-behoerden-nicht-ueberdecken/156441>) und in der „spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft“ veröffentlicht worden. Alle Informationen in diesem Text entstammen den Protokollen der Gerichtsverhandlung sowie der Untersuchungsausschüsse im Bundestag und mehreren Landtagen. Die qualitativ hochwertigste Zusammenstellung dieser Unterlagen, weiterer Protokolle sowie Analysen und Hintergrundinformationen bietet das antifaschistische Recherche- und Informationsportal NSU Watch (www.nsu-watch.info).



Fabian Bremer ist Mitglied im Landesvorstand und betreut dort u.a. die Leitlinie Antifaschismus. Er studiert in Münster und war zwei Jahre Sprecher der Jusos Münster. Er wartet weiterhin auf eine Entschuldigung von Sigmar Gabriel.

MIT DEM AZUBITICKET ZUR FAHRSCHEINLOSEN MOBILITÄT FÜR ALLE



Mit konkreten Konzepten & dem „Bohren dicker Bretter“
kommen wir unseren Utopien näher



er demokratischen Sozialismus will, steht oft vor einem Dilemma: Wir haben weitreichende gesellschaftliche Ziele.

Aber häufig mangelt es uns an vermittelbaren Wegmarken, mit denen wir ihnen näherkommen. Denn es gehört schon enorme Anstrengung dazu, dass zum Beispiel der gewerkschaftliche Kampf für bessere Arbeitsbedingungen nicht rein systemstabilisierend wirkt – sowohl in seiner Rückwirkung auf die wirtschaftliche Struktur (des Kapitalismus) wie auch auf die in den Arbeitskampf involvierten Menschen (den Diskurs). Dennoch haben wir an vielen Stellen große Potenziale für eine Politik konkreter Utopien. Und beim AzubiTicket – das von Beginn mit der Perspektive verknüpft war, irgendwann allen Menschen einen unbegrenzten Zugang zu Bus & Bahn zu gewähren – haben wir vieles richtig gemacht.

Das AzubiTicket wurde sicherlich schon häufiger „erfunden“. Aber niemand vor unserer politischen „Generation“ hat dafür Nachdruck entwickelt. Auf der Landeskongress in Lüdenscheid im Oktober 2015 haben wir es in Angriff genommen: Mit dem Ziel, ein NRW-weit gültiges und preisgünstiges AzubiTicket als Landtagswahlthema prominent zu setzen, verabschiedeten wir einstimmig ein erstes, vorab abgestimmtes Konzept. Ein, bei den Lüdenscheider Jusos verankerter, Thinktank hatte es ausgearbeitet. Nach dem Beschluss gelang es uns gemeinsam, das Thema in die Breite zu tragen. Die Gewerkschaftsjugend schloss sich der Forderung an und füllte sie mit weiterem Inhalt. Die Grüne Jugend, später die ganze Grüne Partei, propagierte das Thema. Eigentlich war Ende 2016 niemand mehr

gegen das AzubiTicket. Bei den NRW-Verkehrsverbünden hieß es zu Beginn noch: „Alles Quatsch, können wir nicht finanzieren!“ Heute sieht es anders aus: Abgesehen vom WestfalenTarif bieten sie heute ein AzubiTicket in ihrem Verbundgebiet an. Zehntausende Auszubildende haben dadurch mehr Möglichkeiten, auch in der Freizeit. Und häufig zahlen sie für ihren Schul- und Arbeitsweg nur noch die Hälfte.

Bitter bleibt auch hier, dass die SPD die NRW-Wahl verloren hat. Denn bis heute

DIE GESCHICHTE EINES LAVO- PROJEKT DER LETZTEN JAHRE!

ist auf Landesebene nichts Wesentliches geschehen. Das Ziel eines NRW-weiten AzubiTickets war nach der Landtagswahl jedoch so stark gesetzt, dass selbst Schwarz-Gelb eine Formel hierzu in ihren Koalitionsvertrag aufnehmen musste. Deshalb lassen wir NRW Jusos gerade nicht locker. Jetzt steht die schwarz-gelbe Landesregierung in der Pflicht, endlich genug Geld auf den Tisch zu packen, um den finanziell arg gebeutelten Verkehrsverbünden zu ermöglichen, ein NRW-weit gültiges AzubiTicket einzuführen. Zwei entscheidende Dinge haben wir mit unserer AzubiTicket-Strategie richtig gemacht:

1. Wir sind nicht abstrakt geblieben und haben einfach „kostenlosen Bus- und Bahnverkehr für alle“ gefordert. So eine für uns zu oft typische Herangehensweise wäre im Alltagsverstand der Menschen untergegangen. Tenor: „Das ist doch nicht realistisch!“ Die

Fakten geben hier Recht: Momentan werden nicht einmal 10% der Verkehrswege in NRW mit Bus und Bahn vollzogen. Und mehr als 50% mit dem Auto. Zudem wissen alle, die morgens Bahn fahren: Das Nahverkehrssystem ist schon heute vielerorts überlastet! Und häufig nicht richtig ausgebaut. Im Umkehrschluss heißt das: Der Systemwechsel gelingt nur mit konkreten Schritten – verknüpft mit Perspektiven für eine andere Finanzierung, für den Ausbau und die Modernisierung und für eine Umstellung des persönlichen Verkehrsverhaltens.

2. Wir haben verhindert, dass das AzubiTicket zerredet wird und wir es schnell zum One-Hit-Wonder erklären, um es zurück in die Schublade packen. Wenn eine Transformationsstrategie überzeugend ist, steigen auch in unseren Kreisen die Versuchungen, Haare in der Suppe zu finden. Beim AzubiTicket hieß das zum Beispiel auf die noch schwierigere Situation von Jahrespraktikant*innen, Bufdis und FSJler*innen zu verweisen. Diese Art der Kritik ist berechtigt, doch darf sie uns nie vom konkreten Handeln in der Breite abhalten. Und sie darf uns niemals den Mut nehmen, mit unseren Themen dauerhaft am Ball zu bleiben. Wer sozialistische Politik machen will, muss dem bürgerlichen Soziologen Max Weber hier Recht geben: „Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“



Felix Eggersgluß, 26, ist LaVo-Mitglied aus Ostwestfalen-Lippe. In seinem Münsteraner Exil arbeitet er als DGB-Jugendbildungsreferent. Als Mitglied des Schwerpunkt-Teams „Wirtschaft von Morgen“ interessiert sich Felix besonders für Arbeitsmarkt- und Klimapolitik

WAS ICH NOCH ZU SAGEN HÄTTE...

Mein halbes Leben, 16 Jahre, bin ich inzwischen Mitglied dieser, unserer Partei - unseres Verbands. Acht Jahre durfte ich im Landesvorstand der NRW Jusos mitwirken. Die letzten vier Jahre durfte ich diesem großartigen Verband vorsitzen. Und jetzt das: Eine ganze, eine letzte Seite in unserem Verbandsmagazin, die ich gestalten darf. Unzählige Anekdoten, Geschichten und Erlebnisse, die mir sofort in den Kopf schießen. Und trotzdem fällt es mir so verdammt schwer, diese zu Papier zu bringen - obwohl viele es wert wären und einige dann doch besser niemals veröffentlicht werden sollten. Gut. Ich starte einen Versuch. Lasst mich einige Verse von Tocotronic als Gerüst für diesen Text nehmen und - einige werden es ahnen - lasst mich über Liebe schreiben...

Gottseidank haben wir beide uns gehabt

Liebe ist eine seltsame Angelegenheit. Zum einen ist sie etwas sehr Persönliches. Etwas, was zwischen Menschen stattfindet. Zum anderen kann sie aber auch etwas Kollektives sein. Wie zum Beispiel die zu einem Verein oder einem Verband. Beides, Liebe und Freundschaft, habe ich in den letzten Jahren bei den Jusos erfahren.

Aus meiner Festung

Nichts ist geiler, nichts macht einen stärker, als das Gefühl, wenn man eingekesselt auf einer Demo gegen Nazis steht. Außen Menschen, zu denen man tiefen Hass empfindet (...und damit sind nicht die Personen gemeint, die dich kesseln, sondern die dahinter) und um dich Menschen, Genossinnen und Genossen, zu denen du genau in diesem Moment nur eins empfindest: Innigste Liebe - weil sie genau für das stehen, wofür du gerade stehst. Es sind diese Momente, wenn andere in einem Shitstorm auf dich eindreschen und

plötzlich andere für Dich da sind und zeigen: Du bist nicht allein!

Gut, jetzt werden viele von euch sagen, das ist Solidarität. Dann würde ich sagen: Jo, da haste recht! Aber wat ich bei euch in der ganzen Zeit erfahren habe, war oft ein Tacken mehr als „nur“ ein solidarisches Miteinander. Dafür möchte ich Euch an dieser Stelle herzlich danken! Ein großer Dank geht dabei aber auch an die, die ich in dieser Zeit vernachlässigt habe. Vor allem auch an die Menschen außerhalb der Jusos.



...DAUERT MINDESTENS EINE ZIGARETTE.

Gegen den Strich

Aber warum nur ist das Thema Liebe gerade heute und in den letzten Jahren so wichtig ge-

wesen? Weil mittlerweile immer mehr passiert und der Hass auf Fremde eskaliert.

Mich persönlich hat es bei meiner Arbeit für den Verband immer sehr gestärkt, zu wissen, dass viele von Euch hinter mir stehen. Auch wenn mich die äußeren politischen Ereignisse belastet haben, konnte ich mich immer auf euch verlassen. Andere Menschen haben diesen Rückhalt leider nicht. Genau darum ist es so wichtig, gerade in der heutigen Zeit, Zeichen zu setzen - wie zum Beispiel in Chemnitz. Auch wenn es nur ein Abend ist, ein Moment, in dem man zeigen kann: Du bist nicht allein. Genau diese Momente zeigen mir: Liebe ist stärker als Hass. Und genau das hilft am Ende des Tages uns allen, denn noch ist nicht alles im Arsch!

Die Revolte ist in mir

Genossinnen und Genossen, ich bin sehr lange mit euch mitgegangen. Auch wenn ich jetzt nicht mehr euer Vorsitzender bin, glaubt mir: Morgen wird wie heute sein! Denn ich führe unseren politischen Kampf weiter. Im Landesvorstand der NRWSPD und überall anders auch.

Auch wenn ich jetzt nicht mehr auf jeder NRW Juso-Veranstaltung sein werde, bleibe ich im Herzen eins: Juso! Ihr und unsere Welt - das hat mich zu sehr geprägt, um einfach loszulassen. Lasst uns zusammen dafür sorgen, dass wir eine neue sozialdemokratische Erzählung schreiben können.

Pure Vernunft darf niemals siegen

So viele tolle Genossinnen und Genossen haben den Verband verlassen, die wenige Jahre später konservativ und spießig wurden. Lasst uns alle darauf aufpassen, dass uns genau das nicht passiert. Lasst uns dafür sorgen, dass wir auch in vielen Jahren noch für eine gerechte, freie und solidarische Gesellschaft kämpfen. Lasst uns zusammen auch weiterhin Teil einer Jugendbewegung bleiben. Denn anders werden wir es niemals schaffen, unsere gemeinsame Vision einer sozialistischen, gerechten Gesellschaft zu erreichen.

Genossinnen und Genossen, der Kampf geht weiter! Unsere Liebe für unser Ding endet nicht mit mir.

Freundschaft & ein herzliches Glück Auf!

:-* Euer Freddy

Ps: Denkt mir an die Investitionen in die Zukunft, denn noch ist nicht alles im Arsch, aber die Zukunft gibt es nicht für lau ;)

RÄTSEL

➔					
---	--	--	--	--	--

➔

[illegible]

➔				
---	--	--	--	--

[illegible]

➔					
---	--	--	--	--	--

➔					
---	--	--	--	--	--

[illegible]

➔					
---	--	--	--	--	--

➔						
---	--	--	--	--	--	--

➡							
---	--	--	--	--	--	--	--

Die GewinnerInnen des letzten Rätsels sind: Simeon Thomm, Moira Obendorf, Jonas Friemel.
Herzlichen Glückwunsch!

Herausgeber:
Jusos in der SPD
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: Lukas Günther
Grafik: Felicitas Horstschäfer
Druck: Druckhaus Kruse, Bottrop
Auflage: 8000
Erscheint einmal im Quartal